

**ANTRAG AUF ANPASSUNG FREIBETRAG P-KONTO**  
(gemäß § 850k Abs. 4 i.V.m. §850c,a ZPO) — notwendige Belege sind beizufügen-

Geschäftsnummer des Gerichts:

**In der Zwangsvollstreckungssache**

**Gläubigerpartei** (Name, Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort, Telefon)

**gegen**

**Schuldnerpartei** (Name, Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort, Telefon)

weiter am Verfahren beteilig

**Drittschuldner** – Kreditinstitut (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Ich beantrage bzgl. der Pfändung meines P-Kontos (**IBAN und BIC**)

bei dem oben genannten Drittschuldner den kalendermonatlichen Freibetrag gemäß § 850k Abs. 4 i.V.m. § 850c ZPO insoweit anzupassen, als sich dieser nach der Tabelle zu § 850c ZPO für meine unpfändbaren Einkommen ergibt.

---

Ist das oben genannte Konto ein Pfändungsschutzkonto im Sinne des § 850 k ZPO?            ja            nein

---

Für mein Pfändungsschutzkonto steht mir derzeit ein kalendermonatlicher Freibetrag in Höhe von            EUR zu.            **(Belege hierfür sind dem Antrag beizufügen)**

---

Über meinen Antrag bitte ich im Wege der **einstweiligen Anordnung** gem. § 850k Abs. 4 i.V.m. § 732 Abs. 2 ZPO sofort zu entscheiden. Sofern das Gericht eine Anhörung der Gläubigerpartei vor einer Entscheidung für notwendig erachtet, bitte ich das Monatsmoratorium gemäß § 835 ZPO bis zu einer endgültigen Entscheidung des Gerichts zu verlängern oder die Überweisung von Beträgen, die meinen derzeitigen kalendermonatlichen Freibetrag gemäß § 850k ZPO übersteigen, einstweilen einzustellen.

---

**Gründe:**

Ort des Amtsgerichts

Durch den Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Amtsgerichts vom            Gz.:  
wurde mein oben genanntes Konto gepfändet.

Mein Girokonto wurde am            in ein P-Konto umgewandelt.

Mein derzeitiger Kontostand beträgt            EUR

## Einkommen:

Auf dem oben genannten Konto gehen folgende Einkommen ein:

Arbeitseinkommen ( Lohn Gehalt Sold) vom Arbeitgeber (Name und Anschrift)

in Höhe von monatlich EUR zum des Monats.

Dieses Arbeitseinkommen wurde bereits durch Beschluss des Amtsgerichts vom Gz.: gepfändet.

Mein Nettoeinkommen (ohne Pfändungen) beträgt monatlich EUR

---

Mein Nettoeinkommen ist jeden Monat gleichbleibend hoch

Mein monatliches Nettoeinkommen ist unterschiedlich hoch, beträgt aber maximal: EUR

---

Name des Rententrägers

**Rente** von

in Höhe von monatlich EUR zum des Monats.

---

Name der Agentur für Arbeit / ARGE

**Arbeitslosengeld** von

in Höhe von monatlich EUR zum des Monats.

Ich erhalte Arbeitslosengeld I Arbeitslosengeld II

---

Bezeichnung der Leistung z.B. Unterhalt, Grundsicherung

**sonstiges:** Ich erhalte

Name und Anschrift

von

in Höhe von monatlich EUR zum des Monats.

---

Bezeichnung der Leistung z.B. Unterhalt, Grundsicherung

**sonstiges:** Ich erhalte

Name und Anschrift

VON

in Höhe von monatlich EUR zum des Monats.

---

Ich bitte lediglich um einmalige Erhöhung meines monatlichen Freibetrages für den Kalendermonat, in dem **einmalige, unpfändbare Beträge** gemäß § 850a ZPO (z.B. **Weihnachts- oder Urlaubsgeld**) auf mein Pfändungsschutzkonto eingingen. (**Abrechnungen bzw. Belege und Kontoauszüge sind beizufügen.**)

**Nachweise zu den oben genannten Einkommen lege ich bei.**

## Persönliche Angaben:

**Familienstand:** ledig                      verheiratet                      geschieden                      verwitwet  
sonstiges:

### **Unterhaltsverpflichtungen:**

**Ehepartner / Lebenspartner**

**Kinder:** Anzahl:                      Alter:

**Für diese Unterhaltsverpflichtung leiste ich auch tatsächlich Unterhalt**

**Wird die Wohnung allein bewohnt?**

ja

nein, Mitbewohner:

---

Da mir der in § 850c ZPO geregelte Mindestsatz zum Leben verbleiben muss, bitte ich, entsprechend zu entscheiden.

---

**Weitere Gründe / Anträge:**

**Ich versichere hiermit, dass die gemachten Angaben richtig und vollständig sind.**

#### **Hinweis:**

Zum Pfändungsschutzantrag sind alle Angaben zu belegen. Hierfür sind Belege (Kontoauszüge der letzten drei Monate mit aktuellem Kontostand, Lohn- bzw. Gehaltsabrechnungen der letzten drei Monate, aktueller Bescheid über Sozialleistungen, Kindergeld, usw.) – zu mindest in Kopie – vorzulegen. Vor allem ist die Bescheinigung gemäß § 850k Abs. 5 ZPO vorzulegen.

Ort

Datum

Unterschrift